

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Gemeinderats der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 25. Februar 2016

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender
Stadträtinnen und Stadträte:	Bachmann-Ade, Berg, Bernnat, Claassen, Cyperrek, Denzer, Di Prima, Glattacker, Herzog, Heuer, Höfler, Jaenisch, Kiefer, Krämer, Kurfeß, Lindemer, Lusche, Martin, Oehler, Perinelli, Pichlhöfer, Roßkopf, Salach, Salinas de Huber, Schlecht, Simon, Vogel, Dr. Vogel-pohl, Wernthaler, Wiesiollek
Entschuldigt:	Böhringer, Escher
Ferner:	Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger Fachbereichsleiterin Buchauer Fachbereichsleiterin Gerhäuser Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer Fachbereichsleiter Bühler Fachbereichsleiter Dullisch Fachbereichsleiter Kleinmagd Personalratsvorsitzende Sambale-Lebus Stellvertretender Fachbereichsleiter Meier
Urkundspersonen:	Stadtrat Bernnat und Stadtrat Lindemer
Schriftführung:	Herr Ockenfuß
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	19.05 Uhr

TOP 1

Veranstaltungen im Freien; Antrag der Fraktion Freie Wähler

Vorlage: 008/2016

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gemeinderats, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Vertreter der Presse. Er führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Fachbereichsleiter Dullisch erörtert nochmals den Inhalt der Vorlage und gibt an, dass man mit drei Flächen einen Probelauf starten wolle.

Der Vorsitzende gibt an, dass es aufgrund des Beschlussvorschlags nicht jede Woche eine Party geben werde. Man entscheide sich mit der Vorlage zu einem Probetrieb. Die Verwaltung sei bezüglich der Thematik mit Anträgen getrieben worden und auch viele Jugendliche hätten in Gesprächen immer wieder auf den Bedarf von größeren Flächen für Veranstaltungen hingewiesen. Er bitte dem Gemeinderat um Zustimmung.

Stadtrat Claassen bedankt sich für die Vorlage. Man habe sich intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt. Nun wolle die Fraktion der Freien Wähler, sofern der Erstantrag abgelehnt werde, einen Änderungsantrag einbringen, im Rahmen dessen lediglich nur noch eine Fläche für Veranstaltungen im Freien gefordert werde. Es handelt sich hierbei um die Fläche unter der Autobahn. Diese Fläche halte die Fraktion der Freien Wähler für am besten geeignet. Insgesamt hoffe man allerdings auf Zustimmung zu allen drei im Erstantrag aufgeführten Flächen. Durch die Schaffung von derartigen Flächen für Veranstaltungen könne man es schaffen, bisher unangemeldete Feiern zu regulieren.

Stadträtin Jaenisch äußert, dass es bei dieser Vorlage in der Fraktion der CDU unterschiedliche Meinungen gebe. Der Ortschaftsrat Brombach habe die vorgeschlagenen Varianten einstimmig abgelehnt. Eine Berücksichtigung dieses Abstimmungsergebnisses sei man dem Ortschaftsrat schuldig. Es gebe auf den Flächen keine notwendige Infrastruktur und auch über Aspekte der Sicherheit sei man sich nicht im Klaren. Die Fraktion der CDU sei allerdings offen für andere, alternative Flächen.

Stadtrat Bernnat gibt an, dass er die Vorlage mit den drei alternativen Flächen unterstützen wolle. Man müsse der Jugend einen Vertrauensvorschuss geben. Der Gemeinderat solle dem Antrag zustimmen. Man dürfe sich nicht so sehr über Bedenken den Kopf zerbrechen. Der Ortsteil Brombach verfüge über einen starken Ortschaftsrat, man müsse jedoch bedenken, dass andere Stadtteile eine solche Lobby nicht haben.

Stadträtin Wiesiollek signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen. Man sei für alle drei vorgeschlagenen Flächen. Die Jugendlichen in der Stadt bräuchten solche Freiräume. Sie sei irritiert von der Fraktion der Freien Wähler, da diese nun ihren Erstantrag quasi zurückziehe und dafür einen Änderungsantrag stellen wolle.

Fachbereichsleiter Dullisch erklärt, dass Infrastruktur auf allen drei Flächen noch nicht vorhanden sei. Diese müsste für die Veranstaltung jeweils von dem Veranstalter installiert werden. Die Flächen würden teilweise dem Regierungspräsidium Freiburg gehören.

Stellvertretender Fachbereichsleiter Meier führt aus, dass eine Veranstaltung ab einer Zahl von 300-500 Personen ein Sicherheitskonzept voraussetze. Die Haftung und Verantwortung liege grundsätzlich bei den Veranstaltern.

Stadträtin Herzog sagt, dass sie nach wie vor große Bedenken habe. Die Flächen lägen allesamt zu nah an der örtlichen Bebauung.

Stadtrat Schlecht wolle sich dem Votum des Ortschaftsrates Brombach anschließen. Es gebe einfach keine geeigneten Flächen in der Stadt. Man müsse immer die entsprechenden Verhältnisse abwägen. In der Stadt gebe es andere Räume und Örtlichkeiten für Jugendliche, beispielsweise auch beim SAK. Er rechne mit großen Problemen mit den Anwohnern aufgrund von Lärmbelästigung. Er wolle der Vorlage nicht zustimmen.

Stadtrat Lindemer führt aus, dass er hinsichtlich der Schaffung der notwendigen Infrastruktur keine Probleme sehe. Es müsse eine entsprechende Fläche für die Jugendlichen in Lörrach geschaffen werden. Veranstaltungen wie "Baden im Blut" wird es zukünftig leider nicht mehr in Lörrach geben. Er wolle an dieser Stelle nochmals auf den Leitbildprozess hinweisen, im Rahmen dessen vielmals der Wunsch nach Flächen für Veranstaltungen im Freien geäußert wurde. Entsprechende Flächen seien für Lörrach sehr wichtig.

Stadtrat Lusche vertritt die Meinung, dass man sich über die Eignung entsprechender Flächen und über deren infrastrukturelle Ausstattung sehr viele Gedanken machen könne und es sei klar für ihn, dass bei solchen Erwägungen auch immer das Interesse der Gesamtstadt berücksichtigt werden müsse. Hier müsste jedoch auch berücksichtigt werden, dass der Ortschaftsrat Brombach geschlossen, parteiübergreifend und in großer Einigkeit die Vorlage abgelehnt habe. Die Verwaltung müsse nun das Gespräch mit dem Ortschaftsrat suchen. Man müsse in der Stadt miteinander und nicht gegeneinander arbeiten. Er selbst wolle sich bei der Abstimmung enthalten.

Stadträtin Cyperrek befindet, dass eine Stadt von der Größe Lörrachs eine entsprechende Fläche für Veranstaltungen im Freien ausweisen müsse. Ansonsten würden solche Partys eben weiterhin illegal durchgeführt. Sie wolle den Gemeinderat um Zustimmung bitten.

Stadträtin Jaenisch wolle wissen, ob man gemeinsam mit den Nachbargemeinden nach Flächen für Veranstaltungen im Freien gesucht habe.

Fachbereichsleiter Dullisch verneint dies, da der Auftrag darin bestand entsprechende Flächen auf dem Stadtgebiet von Lörrach zu finden.

Der Vorsitzende betont nochmals, dass man nach Flächen auf dem Stadtgebiet von Lörrach gesucht habe. Sollten konkrete Veranstaltungen anstehen, werde die Verwaltung

das Gespräch mit dem Ortschaftsrat Brombach suchen. Die Verwaltung nehme die Bedenken und Einwände der Ortschaftsräte sehr ernst.

An dieser Stelle äußern sich zwei Bürger der Stadt Lörrach, Herr Mark Ford und Frau Daniela Te Kanawa, zur vorliegenden Thematik. Beide befürworten die Vorlage, welche die probeweise Schaffung von drei Flächen für Veranstaltungen im Freien vorsieht.

Ebenso äußert sich Stadtjugendreferent Herr Dieterle, der die Schaffung entsprechender Freiflächen ebenfalls befürwortet.

Der Gemeinderat fasst sodann, bei 20 Ja-Stimmen, 7 Enthaltungen und 4 Nein-Stimmen, mehrheitlich den folgenden Beschluss:

1. Vom Bericht der Verwaltung wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung schlägt folgende drei Flächen für eine zunächst probeweise Nutzung für Veranstaltungen vor:
 - Die Fläche unter der Autobahnbrücke zwischen Brombacher Straße und Grütt,
 - die Fläche bei der Firma Lauffenmühle und
 - die Fläche im Gebiet Hugenmatt/ Alte Straße neben der Kartbahn

TOP 2

Grundsatzbeschluss zur Haushaltsstrukturkommission

Vorlage: 019/2016

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein und erklärt, dass es sich bei der Einsetzung einer Haushaltsstrukturkommission um eine absolut notwendige Maßnahme handle. Es gebe viel zu tun für die Stadt. Gerade in den Bereichen Personal, Umlagen und Kinderbetreuung müsse die Stadt hohen finanziellen Verpflichtungen nachkommen.

Fachbereichsleiter Kleinmagd erläutert den Zeitplan für das weitere Vorgehen. Die angestrebten Maßnahmen sollen sich bereits im Haushaltsplan für das Jahr 2017 bemerkbar machen.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die Einsparung keine leichte Übung werde. Die Stadt müsse eine strukturelle Verbesserung von fünf Millionen Euro erreichen. Schwerpunkte bei den Aufgaben müssten ausdiskutiert werden.

Stadtrat Lusche signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU. Es brauche eine vorausschauende Finanzpolitik. In eine externe Begleitung des Vorhabens sei Geld gut investiert. Am Ende stehe ein Beschluss des Gemeinderats. Es sei sinnvoll, wie angedacht,

die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung an dem Prozess zu beteiligen. Der Zeitplan hierfür sei sehr ambitioniert und der Gemeinderat erst recht spät eingebunden. Er wolle wissen, ob der Gemeinderat bereits zu einem früheren Zeitpunkt einbezogen werden könnte. Die Fraktion der CDU halte es für sinnvoll über die Wahl eines Finanzbürgermeisters nachzudenken. Als Mitglieder der Haushaltsstrukturkommission wolle Sie Herrn Stadtrat Kiefer sowie Frau Stadträtin Höfler und Frau Stadträtin Krämer vorschlagen.

Stadtrat Schlecht begrüßt die Einsetzung einer Haushaltsstrukturkommission. Die Wahl eines Finanzbürgermeisters halte die Fraktion der SPD indes nicht für notwendig. Die Stadt müsse die großen Aufgaben der Gegenwart im Auge behalten. Es brauche genug Geld, um diese Aufgaben bewältigen zu können. Die Haushaltsstrukturkommission werde hierfür die richtigen Vorschläge machen. Das letzte Wort habe dann der Gemeinderat. Die Fraktion der SPD wolle Herrn Stadtrat Bernnat sowie Herrn Stadtrat Schlecht als Mitglieder der Haushaltsstrukturkommission vorschlagen. Er bittet den Gemeinderat darum, dem Vorschlag zuzustimmen. Er wolle wissen, wann die Kommission konkret ihre Arbeit aufnehme. Zudem fragt er, warum nur zwei Vertreter der Fachbereichsleiter der Kommission beiwohnen. Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage so zustimmen.

Stadträtin Kurfeß erklärt, dass der eingeschlagene Weg kein leichter Weg werde. Es sei gut, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Prozess eingebunden würden, da diese auch in erster Linie von den Maßnahmen betroffen seien. Die Zusammenarbeit mit einer externen Begleitung sei absolut richtig. Leider würden die Einnahmen der Stadt nicht steigen, jedoch würden die zu bewältigenden Aufgaben immer teurer. Die Fraktion der Grünen wolle der Vorlage zustimmen. Als Mitglieder der Haushaltsstrukturkommission wolle sie Herrn Stadtrat Berg sowie Frau Stadträtin Kurfeß vorschlagen.

Stadtrat Claassen betont, dass man unter den derzeitigen Bedingungen nicht alle gewünschten Vorhaben realisieren könne. Man solle jetzt lieber sieben Millionen Euro einsparen, um das Ziel von fünf Millionen Euro zu erreichen. Er halte es für sinnvoll, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Prozess miteinbezogen werden. Bestimmte Ziele, wie der Ausbau der Kinderbetreuung sowie der Neubau der Halle in Brombach, müssten priorisiert werden. Die Fraktion der Freien Wähler wolle der Vorlage so zustimmen. Als Mitglieder der Haushaltsstrukturkommission wolle sie Herrn Stadtrat Claassen sowie Frau Stadträtin Herzog vorschlagen.

Der Vorsitzende erklärt, dass insgesamt mehr als zwei Vertreter der Fachbereichsleiter in den Prozess eingebunden seien.

Fachbereichsleiter Kleinmagd verweist auf die zurückliegende Sparrunde Lörrach 10 Pro. Wenn man wichtige Ziele und Aufgaben priorisiere, könne man diese auch erreichen. Man begreife es als Chance, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt in den Prozess einzubeziehen. Insgesamt würden fünf Vertreter der Fachbereichsleiter in der Haushaltsstrukturkommission beziehungsweise der Projektgruppe einbezogen sein. Eine Einsparung von fünf Millionen Euro halte er für realistisch.

Der Vorsitzende betont, dass ohne die Politik nichts gehe und der Gemeinderat in der Tat das letzte Wort habe. Man wolle sich nun auf den Weg machen.
Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Bericht der Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der dargestellten Vorgehensweise eine kurz- und mittelfristige Verbesserung der Finanzierung des Haushalts in Höhe von 5 Mio. Euro zu erwirtschaften.
3. Der Einrichtung einer Haushaltsstrukturkommission wird zugestimmt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit einem externen Anbieter wegen der Prozessbegleitung zu führen

TOP 3

Bestellung der Mitglieder des Gutachterausschusses der Verwaltungsgemeinschaft Lörrach-Inzlingen vom 01.04.2016 bis zum 31.03.2020

Vorlage: 006/2016

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Als Mitglieder des Gutachterausschusses der Verwaltungsgemeinschaft Lörrach-Inzlingen werden bestellt:

Vorsitzender: Thomas Welz, Fachbereichsleiter Vermessung und Grundbuch

Stv. Vorsitzende: Klaus Jost, Chrischonastraße 15, 79540 Lörrach
Hans-Peter Leonhardt, Blumenacker 32, 79594 Inzlingen

Gutachter: Thomas Denzer, Freiburger Straße 334, 79539 Lörrach (neu)
Markus Hengherr (Deutsche Bank Lörrach)
Sven Klüßendorf (Sparkasse Lörrach-Rheinfelden) (neu)
Heinz-Peter Oehler, Ringstraße 8, 79541 Lörrach (neu)
Herbert Piorr, Bündtenstraße 1, 79541 Lörrach
Reinhold Rösch (Volksbank Lörrach)
Wolfgang Schielke (Commerzbank Lörrach)
Albert Schmidt, Dinkelbergstraße 17d, 79540 Lörrach

Kurt Sonntag, Bützmatweg 47, 79594 Inzlingen
Manfred Tenz, Reichensteiner Straße 10, 79541 Lörrach

Nathalie Bingemer, Stadt Lörrach – Baurechtsbehörde
Gerold Hain, Stadt Lörrach – Geschäftsstelle Gutachterausschuss

Tanja Burgert, Finanzamt Lörrach (neu)
Joachim Kempf, Finanzamt Lörrach (neu - stellvertretend)

TOP 4

Betrauung des Eigenbetriebs Stadtwerke Lörrach mit ÖPNV-Dienstleistungen

Vorlage: 017/2016

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Herr Lüers erörtert anhand einer Präsentation den Inhalt der Beschlussvorlage (Anlage 1).

Der Vorsitzende bedankt sich für den Vortrag. Die Stadt pflege insgesamt ein gutes Verhältnis zur SWEG und arbeite auch sehr eng mit dieser zusammen.

Stadtrat Kiefer erklärt, dass die Stadt mit Herrn Droll den richtigen Mann eingestellt habe. Es sei gut, dass sich der städtische Busverkehr nicht an finanziellen Aspekten orientiere, sondern an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger.

Stadtrat Schlecht begrüßt die Vorlage. Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage so zustimmen. Die Aufgabenwahrnehmung in den Bereichen Bau, Erhalt, Planung und Infrastruktur seien gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen. Die vorliegende Entscheidung sei wichtig und richtig. Eine hohe Mobilität werde künftig immer wichtiger werden. Auch die Erschließung neuer Wohngebiete müsse angegangen werden. Die Stadt profitiere davon, wenn Sie den Busverkehr selbst in die Hand nehme und Aufgaben wie das Abschöpfen von Fördermitteln und das Qualitätsmanagement selbst betreibe. Bei einem derart komplexen Thema brauche man Rechtssicherheit. Der ÖPNV werde durch die Entscheidung zwar nicht kostendeckender, jedoch könne man eine Steigerung der Qualität und eine Verbesserung des Angebots erreichen. Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage so zustimmen.

Stadtrat Berg hält die Vorlage für richtig. Die Stadt erhalte durch die Entscheidung einen Zugriff auf die Qualität des Busverkehrs in Lörrach. Die SWEG halte er für einen guten, aber trägen Partner. Die Fraktion der Grünen wolle der Vorlage so zustimmen.

Stadtrat Lindemer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler.

Stadtrat Oehler hält die Vorlage ebenfalls für sinnvoll. Jedoch müsse auch der grenzüberschreitende Busverkehr, gerade im Hinblick auf die Gemeinden Riehen und Inzlingen, weiterhin gepflegt werden. Die Stadt müsse weiterhin an einem grenzüberschreitenden Tarifverbund arbeiten.

Der Vorsitzende gibt an, dass man die Kontakte zu den Basler Verkehrsbetrieben weiterhin aufrechterhalte. Die Schaffung eines grenzüberschreitenden Tarifverbundes sei ein großes Projekt.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Die Stadt Lörrach betraut den Eigenbetrieb Stadtwerke Lörrach, zur beihilferechtskonformen Ausgleichsgewährung, mit der Sicherstellung von Busverkehrsleistungen im Gebiet der Stadt Lörrach, einschließlich der Vorhaltung der hierfür erforderlichen Infrastruktur. Die Betrauung erfolgt, entsprechend dem als Anlage 1 beigefügten Betrauungsakt, auf Grundlage der VO (EG) Nr. 1370/2007, durch Gemeinderatsbeschluss mit Weisung des Oberbürgermeisters an die Betriebsleitung.
2. Der Oberbürgermeister hat die Umsetzung dieses Beschlusses über die in Anlage 2 beigefügte Weisung an die Betriebsleitung sicherzustellen.
3. Soweit beihilfenrechtliche, steuerrechtliche oder sonstige rechtliche Gründe redaktionelle oder geringfügige sonstige Änderungen an der als Anlage 1 beigefügten Betrauung erforderlich machen, die den wirtschaftlichen Inhalt der Betrauung nicht berühren, ist der Oberbürgermeister zur Vornahme dieser Änderungen berechtigt. Dem Gemeinderat ist die endgültige Fassung der Anlage 1 zur Kenntnis zu geben.

TOP 5

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

Keine.

TOP 6

Allgemeine Anfragen

Sachstand Kreisklinikum

Stadträtin Höfler bittet um einen Sachstandsbericht bezüglich der Standortsuche für das neue Kreisklinikum.

Der Vorsitzende sagt dem zu.

Polizeipräsenz in Lörrach

Stadtrat Pichlhöfer fragt, ob die Verwaltung aufgrund der geringen Präsenz der Polizei in Lörrach etwas zu tun gedenke und ob die Stadt diesbezüglich mit dem Polizeipräsidium in Kontakt stehe.

Der Vorsitzende gibt an, die Anfrage aufnehmen zu wollen, verweist jedoch auf die fehlende Aufgabenkompetenz der Stadt.

Betreuungskonzept Neumattschule / Einladung Vertreter Familienzentrum

Stadträtin Kurfeß erklärt, dass einige Eltern über das Konzept des SAK für die Randbetreuung in der Neumattschule verärgert seien. Sie wolle wissen, wann die betroffenen Eltern eine Information der Stadt zu dem neuen Betreuungskonzept erhalten würden. Ebenso wolle sie wissen, wann die Vertreter des Familienzentrums, wie von den Fraktionen der Grünen und der CDU beantragt, in eine Gemeinderatssitzung eingeladen werden.

Der Vorsitzende sagt bezüglich der Anfragen Klärung zu.

Übergabe Unterschriftenliste für Wochenmarkt Tumringen

Stadtrat Pichlhöfer berichtet über den hohen Zuspruch hinsichtlich der Einrichtung eines Wochenmarktes in Tumringen. Er überreicht dem Vorsitzenden eine Liste mit 754 Unterschriften für die Einrichtung eines solchen Marktes.

Der Vorsitzende gibt an, dass ein Konzept für die Einrichtung des Marktes bereits vorliege, dieses jedoch noch abgestimmt werden müsse.

TOP 7

Fragestunde der Bürger

Keine.

TOP 8
Offenlegungen

TOP 8.1

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats am Donnerstag, 28. Januar 2016

TOP 8.2

Annahme/Vermittlung von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen gemäß § 78 Abs. 4 GemO ("Kleinspenden" bis 100,00 Euro)

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: